

IW-Reformbarometer

Wackliges Frühjahrshoch

Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder sowie die Vereinbarungen des Job-Gipfels vom 17. März haben dem IW-Reformbarometer Auftrieb verliehen. Der Indikator – ein Gemeinschaftsprojekt des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und des Magazins Wirtschaftswoche – legte im März 2005 gegenüber dem Vormonat um 3,5 auf 112,6 Punkte zu und toppte damit den bisherigen Höchststand vom Herbst 2004. Mit dem Indikator wird die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bewertet, wobei Gesetze oder Gesetzesvorhaben, die für eine Verbesserung des Investitionsklimas sorgen, sich positiv auswirken. Der Reformindex ist für September 2002 auf einen Wert von 100 normiert.

Die angekündigten Reformmaßnahmen sind jedoch längst noch nicht in trockenen Tüchern und zudem in vielen Details unklar. Dies gilt vor allem für die Unternehmensbesteuerung. Zwar ließ die auf dem Job-Gipfel erzielte Einigung, unter anderem den Körperschaftsteuersatz zu senken, den Teilindikator für öffentliche Finanzen um gut 7 auf 97,1 Punkte klettern. Der derzeitige Streit über die Gegenfinanzierung könnte den Steuerkompromiss jedoch durchaus scheitern lassen. Dies würde das Vertrauen der Bürger, Unternehmen und Investoren in die Reformfähigkeit der Politik nachhaltig beschädigen und das IW-Barometer erneut in den Keller treiben. Ungemach droht auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Nachdem unter anderem der Beschluss zur Erleichterung befristeter Beschäftigungsverhältnisse den Arbeitsmarktindikator im März auf den bisher besten Wert von 134,9 Zählern steigen ließ, könnte die jüngste Debatte um gesetzliche Mindestlöhne – sofern sie Gesetzesfolgen hat – schon bald für eine neuerliche Talfahrt sorgen.

Gesprächspartner im IW: **Dr. Benjamin Scharnagel**, Telefon: (02 21) 49 81-7 87

IW-Reformbarometer

Viele Vorschusslorbeeren

Mit der Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder und den Beschlüssen des Job-Gipfels schien bereits im März der Reformfrühling auszubrechen. Doch die angekündigten Maßnahmen lassen noch eine Reihe von Fragen offen, und der Kompromiss in Sachen Unternehmensbesteuerung steht sogar schon wieder auf der Kippe.

Mit der Natur erwachte in den ersten Frühlingstagen auch der Reformeifer der Politiker. Am 17. März kündigte Bundeskanzler Schröder 20 Maßnahmen an, mit denen er die Agenda 2010 vorantreiben will. Am gleichen Tag trafen sich Regierungs- und Unionsführung, um eine gemeinsame Marschrichtung auf dem Weg zu neuen Arbeitsplätzen festzulegen.

Zwar gebar der Job-Gipfel eher ein Reformmäuslein. Dennoch haben etwa die Beschlüsse, die befristete Beschäftigung zu vereinfachen und die Unternehmensbesteuerung neu zu gestalten, die wirtschaftlichen Perspektiven verbessert.

Dies zeigt auch das IW-Reformbarometer, ein Projekt des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Wirtschaftswoche. Es wertet jeden Monat Kabinettsbeschlüsse, Gesetzentwürfe, Änderungen während des Gesetzgebungsprozesses und verabschiedete Gesetze aus (Grafik):

Gegenüber Februar 2005 legte das IW-Reformbarometer im März um 3,5 auf 112,6 Punkte zu und toppte damit den bisherigen Höchststand vom Herbst 2004.

Überschäumende Frühlingsgefühle sind dennoch fehl am Platz. Denn die beim Job-Gipfel vereinbarten Maßnahmen sind noch längst nicht in Gesetzesform gegossen und zudem in vielen Details unklar. Der Reformindikator hat der Politik also einige Vorschusslorbeeren verliehen, die sie sich erst verdienen muss. Im Einzelnen:

Arbeitsmarkt. Nachdem das Barometer in diesem Bereich zu Jahresbeginn kurzfristig abgesackt war, ging es zuletzt wieder bergauf:

Im März 2005 kletterte der Arbeitsmarktindikator auf den bisher besten Wert von 134,9 Zählern.

Der Antrieb hierzu kam aus mehreren Richtungen:

- **Diskriminierungsschutz.** Der Entwurf des Antidiskriminierungsgesetzes, der den Reformhorizont im Januar verfinstert hatte, wurde von der Regierungskoalition ein wenig entschärft. Trotzdem gehen die Berliner Pläne weiterhin über die Vorgaben aus Brüssel hinaus (vgl. iwd 51/2004).

- **Berufsausbildung.** Die im Februar verabschiedete Reform der Berufsausbildung hilft sowohl besonders leistungsstarken als auch lernschwachen Jugendlichen beim Einstieg ins Arbeitsleben – etwa durch die Anerkennung von Auslandsaufenthalten in der Lehre, kürzere Ausbildungsgänge oder eine vereinfachte Zulassung neuer und modernisierter Lehrberufe. Leider blieb Rot-Grün auf halber Strecke stehen – den Mut, durch längere Probezeiten oder flexiblere Azubi-Vergütungen die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe weiter zu stärken, konnte man nicht aufbringen.

- **Befristete Beschäftigung.** Bundesregierung und Opposition haben sich darauf geeinigt, das so genannte absolute Befristungsverbot bei Vorbeschäftigung aufzuheben. Hat ein Unternehmen einen Arbeitnehmer bereits früher beschäftigt und stellt ihn wieder ein, dann darf der Arbeitsvertrag bislang nicht befristet werden. Künftig soll eine Befristung von bis zu zwei Jahren möglich werden – ohne dass dafür ein sachlicher Grund angegeben werden muss. Dies könnte den Betrieben die Personalpolitik erleichtern und Beschäftigte beim gewünschten Job-Wechsel sowie Arbeitslose beim Wiedereinstieg ins Berufsleben unterstützen.

Die jüngste Debatte um gesetzliche Mindestlöhne könnte dieses Barometer jedoch schon bald wieder fallen lassen.

Soziales. In Sachen Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme haben Schröder & Co. den Rückwärtsgang eingelegt:

Seit Jahresbeginn sank der IW-Reformindex im Bereich der Sozialpolitik um knapp 2 auf 105,8 Punkte.

Zuzuschreiben ist dies dem geplanten Präventionsgesetz, mit dem der Bund eine weitere Säule im Gesundheitswesen errichten will. Für Vorbeugemaßnahmen sind demnach zunächst 250 Millionen Euro vorgesehen – zu berappen von den Beitragszahlern. Mit dem Gesetz würde ein neues Fass sozialpolitischer Wohltaten aufgemacht, ohne die Folgen z.B. für die Arbeitskosten zu berücksichtigen.

Eine weitere problematische Baustelle dürfte die nun doch noch für 2005 geplante Pflege-reform werden. Mit ihr sollen die Leistungen für Demen-zranke verbessert und die ambulante Pflege ausgebaut werden. Wie die Reform finanziert werden kann, hat der Kanzler bislang nicht erkennen lassen.

Steuer- und Finanzpolitik. Hier hat die Politik vorerst die Kurve gekriegt:

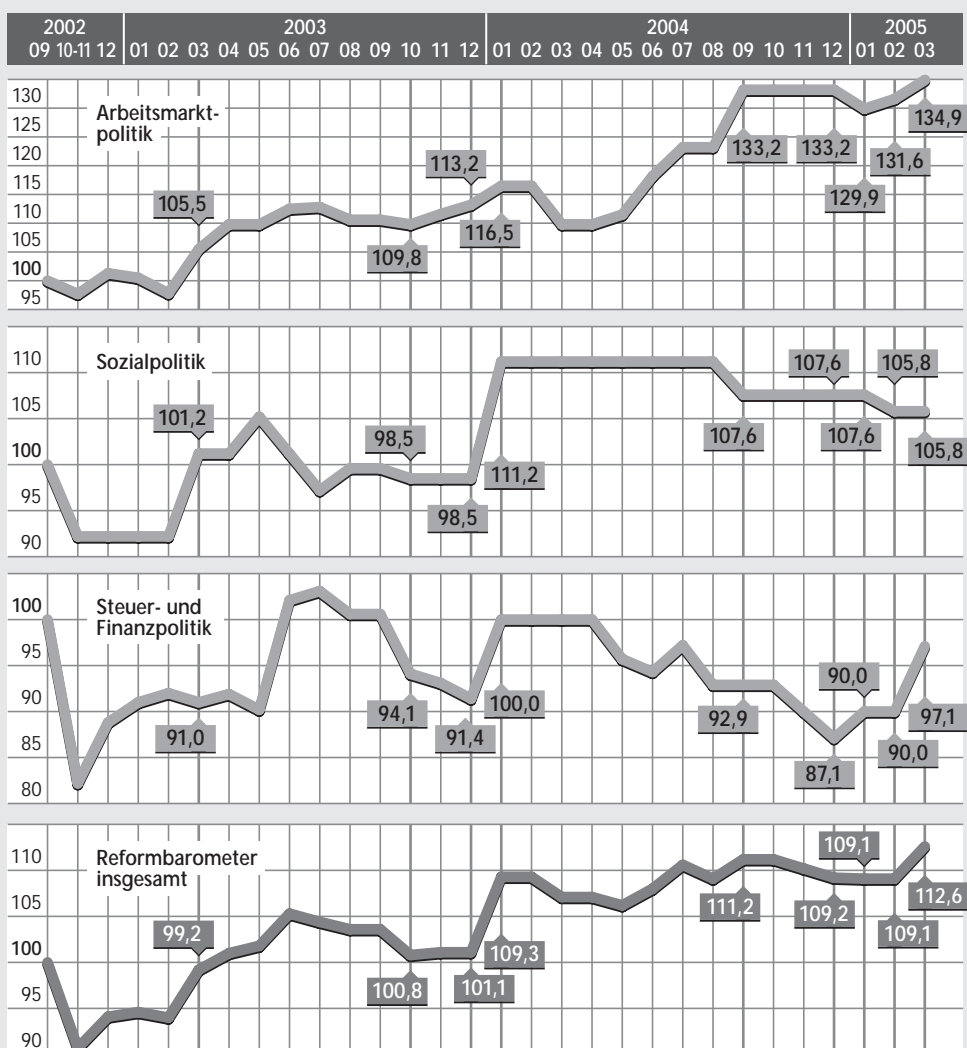
Der Reformanzeiger für die öffentlichen Finanzen stand im März 2005 auf 97,1 – gut 7 Punkte höher als im Vormonat.

Dahinter stecken gleich zwei erfreuliche Nachrichten:

- **Staatsausgaben.** Nach den vorläufigen Zahlen ist die Staatsquote – alle öffentlichen Ausgaben bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt – im vergangenen Jahr um 1,2 Punkte auf 47,6 Prozent und damit den niedrigsten Stand seit 1991 gesunken. Dies ändert allerdings nichts daran, dass der Staat nach wie vor mehr als jeden zweiten Euro für soziale Zwecke, aber nur noch jeden dreißigsten Euro für Investitionen aufwendet. Die öffentliche Hand häuft zudem immer mehr Schulden auf.

IW-Reformbarometer: Hoffnung auf bessere Zeiten

Der Indikator beurteilt, inwieweit politische Reformvorhaben in der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpolitik und der Finanzpolitik die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland verändern. September 2002=100, Werte über 100: Verbesserungen, Werte unter 100: Verschlechterungen



03/03 Kanzlerrede zur Agenda 2010	10/03 Endgültig verabschiedet: Gesundheitsreform	12/03 Endgültig verabschiedet: • Arbeitsmarktreformen (u.a. Hartz IV) • Handwerksnovelle • vorzeitige Steuerentlastung • Subventionsabbau	01/04 Entwurf: • Alterseinkünftegesetz • Rentenversicherungsnachhaltigkeitsgesetz	09/04 Entwurf: • Pflege-Sonderbeitrag für Kinderlose zum 1.1.2005 (endgültig verabschiedet am 26.11.2004) • GKV-Sonderbeitrag für Zahnersatz zum 1.7.2005 (endgültig verabschiedet am 26.11.2004)	12/04 Scheitern der Föderalismuskommission Vom Tisch: Abschaffung der Eigenheimzulage für Neufälle zum 1.1.2005	01/05 Entwurf: Antidiskriminierungsgesetz In Kraft getreten u. a.: • Hartz IV (vor allem ALG II, verschärfte Zumutbarkeitsregeln) • Rentenversicherungsnachhaltigkeitsgesetz • Alterseinkünftegesetz • Zuwanderungsgesetz	02/05 Entwurf: Präventionsgesetz Endgültig verabschiedet: Berufsbildungsreformgesetz (In Kraft getreten am 1.4.2005)	03/05 Job-Gipfel
--------------------------------------	---	--	--	--	---	---	--	---------------------

Das IW-Reformbarometer ist ein Gemeinschaftsprojekt des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und des Magazins Wirtschaftswoche.
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

- **Unternehmensbesteuerung.** Auf dem Job-Gipfel wurde unter anderem beschlossen, den Körperschaftsteuersatz von 25 auf 19 Prozent zu senken und die Anrechenbarkeit der Gewerbesteuer zu erhöhen (vgl. iwd 12/2005). Die Entlastung in Höhe von rund 6,5 Milliarden Euro soll durch

eine Verbreiterung der Steuerbasis aufgefangen werden.

Diese Gegenfinanzierung ist nun aber zum Zankapfel zwischen den Regierungsparteien und der Union geworden. Sollte der Steuerkompromiss deshalb gekippt werden, fiel das IW-Barometer erneut in den Keller.